



EUROPÄISCHE KOMMISSION

GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit

Sozialer Dialog, soziale Rechte, Arbeitsbedingungen, Anpassung an den Wandel
Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen

AUSSCHUSS FÜR DEN SEKTORALEN DIALOG BINNENSCHIFFFAHRT

Plenartagung 10. November 2006 Entwurf Ergebnisprotokoll (angenommen am 5. Februar 2007)

1. Annahme der Tagesordnung und des Protokolls der letzten Plenartagung

Den Vorsitz führt Herr Koning (Arbeitgeber). Die Tagesordnung wird angenommen. Das Sitzungsprotokoll der letzten Plenartagung (9. Juni 2005) wird angenommen.

2. Berufsprofile und berufliche Qualifikationen

Die vorgesehene Arbeitsgruppe traf noch nicht zusammen¹. Die niederländische Studie zu Berufsprofilen in Europa wird für Ende Dezember erwartet. Erster Schritt der gemeinsamen Arbeit soll sein, die Berufsprofile zu harmonisieren, um die Mobilität zu erleichtern. Dies könne zu einem späteren Zeitpunkt auch zu einer Harmonisierung der Berufsbildungsgänge und zur gegenseitigen Anerkennung der Qualifikationen führen. Es wird vereinbart, das Thema auf der nächsten Sitzung zu behandeln.

3. Arbeitszeit

EBU legt ein provisorisch intern abgestimmtes Papier als Diskussionsgrundlage vor (siehe Anhang), welches jedoch noch nicht mit ESO abgestimmt sei. Herr Dütemeyer erklärt, dass es auf der Seeleute-Vereinbarung beruhe, aber nicht 1:1 übertragen worden sei. Es berücksichtige Besonderheiten der Binnenschifffahrt, z. B. in Paragraph 5 (maximal 14 Stunden Arbeitszeit, die der Betriebsform A.1 entsprächen).

ETF bemängelt, dass das Papier bestimmte Dinge wie z.B. den Bezugszeitraum nicht aufgreift. Über das Jahr verteilt sollten insgesamt nicht mehr als 48 Stunden Wochenarbeitszeit herauskommen. Auch ESO gibt zu bedenken, dass die vorgeschlagenen Zeiten es nicht möglich machen würden, heute praktizierte Arbeitsorganisationssysteme (1 Woche Arbeit/1 Woche Freizeit) weiterhin zuzulassen.

¹ Als Mitglieder dieser Gruppe waren im März vorgeschlagen worden: Herr Leininger, Frau Lamers, Herr Kerkhofs, Frau Hertogs und Herr Bramley für die Arbeitnehmerseite und die Herren Koning, Veldman und Dütemeyer plus eventuell ein Vertreter aus dem Donaublich für die Arbeitgeberseite.

Das Thema Kontrolle ist für die Arbeitnehmerseite ebenfalls von entscheidender Bedeutung. ETF bemängelt, dass der letzte Satz in Paragraf 5.2 ("Diese Ausnahmen [der festgelegten Beschränkungen] haben soweit wie möglich den festgelegten Normen zu folgen, können aber häufigeren oder längeren Urlaubszeiten oder der Gewährung von Ausgleichszeiten oder geringerer Belastung durch Bereitschaft Rechnung tragen.") nicht kontrollierbar oder klar zu definieren sei. EBU versteht diese Sorge, weist aber auf den Vorschlag hin, solche Ausnahmen sollten nur über Tarifverträge möglich sein.

Man kommt überein, dass zunächst der Begriff "Arbeitszeit" definiert werden sollte, bevor man sich auf Werte einigt. Arbeitszeit (des Matrosen) und Einsatzzeit (des Schiffes) seien nicht gleichzusetzen. Die Parteien ziehen den Textentwurf der ETF von Dezember 2005 hinzu und versuchen, eine gemeinsame Sichtweise über den Begriff "Arbeitszeit" zu finden. Das größte Problem auf Seiten der Arbeitnehmer ist, dass der EBU-Text Bereitschaftszeit zur Ruhezeit und nicht zur Arbeitszeit zählt. ESO regt an, drei Definitionen zu verwenden: Ruhezeit, Bereitschaftszeit, Arbeitszeit. Auch der Begriff "angeordnete Bereitschaftszeit", welche als Arbeitszeit anzurechnen sein müsste, wird ins Spiel gebracht.

Es wird vereinbart, dass sich eine kleine Gruppe mittels E-Mail austauscht, um zu einer gemeinsamen Definition der Arbeitszeit zu kommen. Zweitens sollte das von Arbeitgeberseite vorgelegte Dokument nach dem Erhalt von Anmerkungen durch die Arbeitnehmerseite bearbeitet und als Kompromisstext vorgelegt werden. Diese Texte sollten zwei Wochen vor der nächsten Sitzung² verschickt werden.

4. Nächste Sitzungen

Die nächsten regulären Sitzungen für das Jahr 2007 sind für den 5. Februar und den 27. März 2007 anberaumt. Darüber hinaus wiederholt die Kommissionsvertreterin, dass es auf Grundlage eines klaren Verhandlungsmandats und auf gemeinsamen schriftlichen Antrag der Sozialpartner prinzipiell möglich sei, extra Verhandlungssitzungen zu veranstalten.

² Geplante nächste Sitzung: 5. Februar 2007 – daraus ergibt sich eine Frist bis zum 22. Januar 2007.

List of participants 10.11.2006

<p><u>Employers:</u></p> <p>EBU: DÜTEMEYER, Gunter KONING, Michiel</p> <p>ESO: BECKSCHÄFER, Andrea VAN LANCKER, Christiaan VELDMAN, Jan</p>	<p><u>Workers:</u></p> <p>ETF: BEYER, Udo BRAMLEY, Nick HERTOGS, Beatrice JERABEK, Milan KERKHOF, Joris LEHNINGER, Gunter WEICKER, Raymond</p> <p>KARAVATCHEV, Rossen (Observer)</p>
<p><u>European Commission:</u></p> <p>DIETER, Rolf (DG TREN/G.2) DURST, Ellen (DG EMPL/F.1)</p>	